

Bericht über die Novembersession 2007 des Grossen Rates

In der Novembersession 2007 hat sich der Grosse Rat mit eine Fülle von wichtigen Geschäften befasst.

Motion Messerli etc. zum Verbot von ausseramtlichen Wahlzetteln

Mit einer Motion verlangten Philippe Messerli (EVP), Alfred Schneiter (EDU) und Ruedi Löffel (EVP), dass eine Vorlage ausgearbeitet wird, welche ausseramtliche Wahlzettel bei Majorzwahlen (Regierung, Ständerat) verbietet. Die Vertreter der kleinen Parteien und auch der Linken erhoffen sich damit eine Schwächung einer allfälligen gemeinsamen bürgerlichen Liste bei den Regierungsratswahlen. Gegen den Willen der SVP und der FDP wurde die Motion denn auch überwiesen. Im Falle einer Umsetzung bereits auf die Wahlen 2010 hin hätte dies zur Folge, dass eine gemeinsame bürgerliche Regierungsratsliste mit zusätzlichem Werbeaufwand als Einheit „verkauft“ werden müsste. Das Gleich gälte allerdings auch für die rot-grüne Liste.

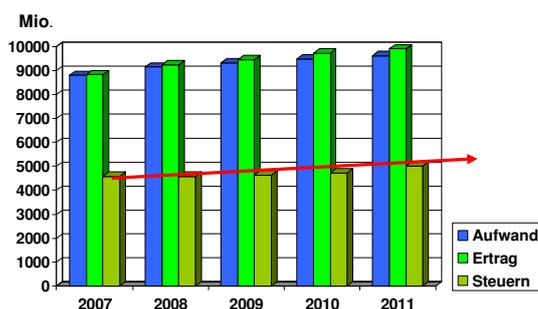
Grossratsbeschluss betreffend den Volksvorschlag „Steuerliche Entlastung von Familien und Mittelstand – gegen Steuergeschenke für Spitzenverdiener“

Worum es geht

Der Grosse Rat beschloss im März 2007 eine Steuergesetz-Revision. Inhalt: Entlastung von Familien und Mittelstand durch Erhöhung der Kinderabzüge und Senkung der Einkommenssteuer, Reduktion der Vermögenssteuer, Einführung einer Teilbesteuerung von qualifizierten Beteiligungen und weitere kleine Anpassungen. Die Vorlage soll teilweise rückwirkend auf den 1. Januar 2008 und teilweise auf 2009 in Kraft treten. Bürgerinnen und Bürger profitieren im 2008 bei der kantonalen Einkommenssteuer von einem Rabatt.

Die Vorlage des Grossen Rates ist voll finanziert, das heisst absolut tragbar. Gemäss Budget und Finanzplan des Regierungsrates wird der Staat trotz Steuerentlastungen weiterhin schwarze Zahlen schreiben und sogar noch Schulden abbauen können (vgl. nachstehende Grafik).

Mehr Steuererträge trotz StG-Revision



Dafür verantwortlich sind die gute Konjunktur und die zusätzlichen Mittel, die Bern aus dem nationalen Finanzausgleich erhält.

Gegen die massvolle Vorlage des Grossen Rates wurde von SP, Grünen und Gewerkschaftsbund ein Referendum organisiert und ein so genannter Volksvorschlag eingereicht. Während die Einkommenssteuersätze des Grossen Rates dem entsprechen, was die rot-grüne Regierung in der grünen Vorlage seinerzeit selber vorgeschlagen hatte, geht der Volksvorschlag hinter diesen ausgewogenen Kompromiss zurück. Er möchte höhere Einkommen und Personen ohne Kinder zusätzlich belasten bzw. ihnen nicht einmal

den vollen Ausgleich der kalten Progression gewähren. Auch bei den Vermögenssteuern plant der Volksvorschlag einen Angriff auf den Mittelstand: Von den rund 200'000 Personen (knapp die Hälfte der Steuerpflichtigen), die im Kanton Bern Vermögenssteuern bezahlen, würde der Volksvorschlag 155'000 Personen gegenüber der Grossratsvorlage schlechter stellen. Als Köder für Familien mit Kindern soll eine kleine Erhöhung der Abzüge wirken.

Würdigung

Mit dem Volksvorschlag würde das Ziel der Revision, eine bessere Positionierung des Kantons Bern im interkantonalen Vergleich (heute Rang 20!) ganz klar verfehlt. Gegenüber der Grossratsvorlage besteht ab dem Jahr 2009 eine Differenz mehr als 50 Millionen Franken. Die Urheber des Volksvorschlages glauben, der Staat werde profitieren, wenn man gute Steuerzahler schlechter stellt. In Wirklichkeit führt dies bloss zu Wegzügen aus dem Kanton Bern. Um einen Steuerzahler mit einem Bruttoverdienst von 300'000 Franken zu ersetzen, sind 13 (!) Steuerzahler mit einem Bruttoverdienst von 70'000 Franken notwendig. Die Zeche der Steuerausfälle als Folge des Volksvorschlages müsste einmal mehr der Mittelstand bezahlen! Gegenwärtig sind in 17 Kantonen Steuersenkungen beschlossen oder im Gange!

Klarer Entscheid des Grossen Rates

Nachdem der Regierungsrat im September ein doppeltes Ja zur Grossratsvorlage und zum Volksvorschlag empfohlen hatte – und sich in der Stichfrage für den Volksvorschlag aussprach (!) –, war nun der Grosse Rat an der Reihe: Mit 81 (Bürgerlichen) zu 69 (Rot-grüne und teilweise EVP) Stimmen sprach er sich klar gegen den Volksvorschlag aus.

Motion Bhend (SP) betr. Steuergerechtigkeit im Kanton Bern

Der Motionär verlangte eine Anpassung des FILAG, womit die Steueranlagen der Gemeinden derart austariert werden sollten, dass die Abweichungen maximal +/- 7.5% betragen (also eine Spanne von maximal 15% zugelassen wäre). Der Grosse Rat lehnte die Motion deutlich ab, weil der Steuerwettbewerb unter den Gemeinden gewichtige Vorteile hat, indem er die Bürger vor übermässigem Steuerappetit der Gemeinden bzw. des Staates schützt.

Verkehrssanierung Worb (Kredit)

Die lang ersehnte Entlastung des verkehrsgeplagten Worb ist in Sicht. Der Grosse Rat bewilligte den Kredit von 59,26 Millionen Franken. Mit dem Bau einer Umfahrungsstrasse werden das Dorfzentrum vom Durchgangsverkehr entlastet und der Entwicklungsschwerpunkt Worboden besser erschlossen. Der Baubeginn ist für 2011 vorgesehen.

Umgestaltung Wankdorfplatz (Kredit)

Der Wankdorfplatz als einer der meist befahrenen (über 65 000 Fahrzeugen pro Tag) Knoten im bernischen Verkehrsnetz wird einen doppelstöckigen Kreisel erhalten. Die Tramlinie 9 wird bis zur S-Bahn-Station Wankdorf verlängert. Der Bund übernimmt 45 der total 99 Mio. Franken. Die noch verbleibenden 11,3 Mio. Franken, vorwiegend für Werkleitungen, gehen zu Lasten Dritter. Der Grosse Rat genehmigte den kantonalen Anteil von 42,7 Mio. mit 134:1 Stimmen bei 9 Enthaltungen klar.

Motion Freibrughaus (SVP) / Flück (FDP) / Burn (EDU) betr. Weiterbetrieb des KKWs Mühleberg

Gegen den Willen der rot-grünen Regierung überwies der Grosse Rat mit den Stimmen von FDP, SVP, EDU und teilweise auch der EVP einen Vorstoss, mit welchem die Regierung verpflichtet wurde, sich für die Aufhebung der Befristung des Kernkraftwerks Mühleberg respektive für die Verlängerung der Betriebsbewilligung einzusetzen. Dies war ein wichtiges Zeichen dafür, dass der Grosse Rat die realitätsfremde Energiestrategie der Regierung nicht unterstützt und die Versorgungssicherheit hoch hält.

Motionen Fischer/Kneubühler/Moser (FDP) zum Hochwasserschutz im Seeland

Mit ihren Motionen verlangten die Freisinnigen kurzfristige Massnahmen für einen effizienten Hochwasserschutz im Raum Seeland, insbesondere in der Region Lyss sowie die

Inangriffnahme einer dritten Juragewässerkorrektion gemeinsam mit dem Bund. Die Motionen wurden mit grossem Mehr überwiesen.

Revision Gastgewerbegesetz (1. Lesung)

Im Rat war zwar eine Mehrheit grundsätzlich für einen gesetzlichen Schutz vor dem Passivrauchen im Gastgewerbe. Dennoch beschloss der Rat nach emotioneller Debatte mit 77:70 Stimmen (mit den Stimmen der FDP), vorerst den entsprechenden Entscheid auf Bundesebene abzuwarten. Dies deshalb, weil Bundesrecht grundsätzlich kantonales Recht bricht. Das heisst, eine gesetzliche Regelung auf kantonaler Ebene hätte nach kurzer Zeit wieder ausser Kraft gesetzt werden müssen.

Zu den übrigen Bestimmungen, welche die Revision des Gesetzes im engeren Sinn betreffen, gab es keine Differenzen. Somit verbietet das Gesetz Flat Rate Parties (Anlässe mit unbeschränktem Alkoholausschank). Im Weiteren werden die Vorschriften über die Öffnungszeiten von Gastgewerbebetrieben punktuell angepasst. Künftig sollen generelle Überzeitbewilligungen bis 05.00 Uhr erteilt werden können.

Teilrevision Volksschulgesetz (1. Lesung)

Der Grosse Rat verabschiedete in erster Lesung die Teilrevision des Volksschulgesetzes. Wichtige Neuerungen sind der Ausbau des Tagesschulangebots (ein wichtiges freisinniges Anliegen), die Einführung von Blockzeiten, die kantonale Vereinheitlichung der Ferientermine (exkl. Sportwoche), die Subventionierung von Privatschulen und die Wiedereinführung der Kantonsbeiträge für die Schülertransporte (je nach lokalen Verhältnissen 20 bis 50 Prozent).

Zu Reden gab im Rat insbesondere die Verankerung einer finanziellen Notbremse (Kann-Formulierung), gemäss welcher die Regierung die Beiträge (Tagesschulen und Schülertransporte) zu Gunsten eines ausgeglichenen Kantonshaushalts notfalls plafonieren kann. Die Bürgerlichen und Teile der EVP verhalfen dieser Bestimmung zum Durchbruch.

Mit einer Stimme Differenz verankerte der Rat sodann die Bestimmung, wonach die Schulgebäude rauchfrei zu sein haben. Rauchende Lehrer werden damit künftig auf den Pausenplatz oder die Strasse „verbannt“. Ohne Gegenstimme beschloss der Rat, die Eltern renitenter Schüler bei einem Schulausschluss zu entlasten: Künftig soll eine kommunale Fachstelle wie die Vormundschaftsbehörde oder der Sozialdienst die Hauptverantwortung dafür tragen, dass ein ausgeschlossener Schüler sinnvoll beschäftigt wird. Eltern und Lehrer sind jedoch zur Zusammenarbeit verpflichtet. Die Regierung muss zudem prüfen, ob zusätzliche Betreuungsstrukturen für (jährlich rund 60) ausgeschlossene Schüler zu schaffen sind. Schliesslich stellte sich der Rat hinter die regierungsrätliche Strategie zur Subventionierung der Privatschulen. Sie soll künftig nach einheitlicheren Kriterien erfolgen - die Schule muss durch die Dauer ihrer Existenz und die Schülerzahl eine stetige Nachfrage belegen. Der Kantonsbeitrag soll höchstens 20 Prozent der Kosten an den öffentlichen Schulen betragen. Erfolglos forderte die SP, die Subventionen an zusätzliche Bedingungen zu knüpfen, etwa an die Erhebung von Schulgeldern nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Die Gesetzesrevision passierte die Schlussabstimmung mit nur einer Gegenstimme. Die zweite Lesung ist für Januar vorgesehen. In Kraft treten soll das Gesetz mit dem Schuljahr 2008/2009.

Motion Kneubühler (FDP) / Messerli (EVP) / Siegenthaler (SVP) betr. Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe

Gegen den Willen des Regierungsrates wurde dieser aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, um den Kampf gegen den missbräuchlichen Bezug von Sozialhilfegeldern zu verstärken und hierfür die notwendigen Gesetzesrevisionen an die Hand zu nehmen.

Dringliche Motion Struchen/Blank (SVP) betr. Verkauf der Aktien der Zuckerfabriken

Der Grosse Rat nahm eine Motion in der unverbindlichen Form eines Postulates an, welche die Regierung beauftragte, nachträglich eingereichte Angebote für die zum Verkauf anstehenden Kantonsanteile (Aktien) an den Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld (ZAF) zu prüfen. Die FDP Fraktion hatte zwar grundsätzlich Verständnis dafür, dass mit dem Ziel des Erhalts von Arbeitsplätzen eine regionale Lösung mit einem Konsortium von

Bauernorganisationen gesucht wird. Allerdings war sie ebenso der Meinung, dass die Produktion von Zucker keine Staatsaufgabe ist und dass der Preis primäres Kriterium für den Aktienverkauf bzw. die Auswahl des Käufers sein sollte. (Bemerkung: Mittlerweile konnte mit den Rübenpflanzern ein Kaufvertrag abgeschlossen werden. Die Investorengruppe, welche ursprünglich den Zuschlag erhalten hatte, will nun ein Rechtsmittel ergreifen. Affaire à suivre).

Rücktritt von Brigitte Bolli



Mit Bedauern hat unsere Fraktion vom Rücktritt einer gewichtigen (nicht körperlich gemeint) Kollegin Kenntnis nehmen müssen. Brigitte Bolli, seit 1994 im Grossen Rat, erklärte ihre Demission per Ende Session. Brigitte hat der FDP mit ihrem unglaublichen Engagement äusserst wertvolle Dienste erwiesen und war in der Fraktion fachlich und persönlich sehr geschätzt. Insbesondere als Mitglied und Vizepräsidentin der Finanzkommission und später der Steuerungskommission hat sie während mehr als 10 Jahren die Finanzpolitik im Kanton Bern massgeblich und natürlich FDP-like beeinflusst. Merci Brigitte!



Neu in der Fraktion Einsitz nehmen wird Sandra Wyss, Bern. Wir heissen sie herzlich willkommen!

Adrian Haas, Präsident FDP-Fraktion